



Nr. 19/2009

Politische Bildung

Im Bremer Rathaus wurde im Juni die Ausstellung »Was damals Recht war...« über die Wehrmachtsjustiz gezeigt; der Titel nahm Bezug auf den Satz von Hans Filbinger (CDU): »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.« Zu den Veranstaltern gehörte die Landeszentrale für politische Bildung, die dann aber bei der Gestaltung des Begleitprogramms viele Schwierigkeiten machte. Sie lehnte einige Themenvorschläge – beispielsweise zum Thema totale Kriegsdienstverweigerung – strikt ab. Auch beanstandete sie das Thema eines Vortrags des Bremer Soziologieprofessors Rudolph Bauer: »Was heute Recht ist – Sozialdemontagen à la Hartz IV untergraben die politische Demokratie und tragen zur gesellschaftlichen Militarisierung bei« ebenso wie das Thema »Militarisierung der ›Inneren Sicherheit‹ – Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand«, worüber *Ossietzky*-Mitherausgeber Rolf Gössner, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte und stellvertretender Sprecher der Deputation für Inneres der Bremer Bürgerschaft, sprechen wollte. Bauer und Gössner wurden aufgefordert, eine Begründung der »Wissenschaftlichkeit« ihrer Vorträge einzureichen. Die Landeszentrale bemängelte an den Veranstaltungstiteln eine allzu »prononcierte Aussage im politischen Meinungskampf« und forderte eine Offenlegung von »Fakten und Beweisen«, auf die sich die Referenten stützen würden. Herbert Wulfekuhl, der Leiter der Landeszentrale, verlangte von ihnen gar die Beantwortung der Frage: »Wie beurteilen Sie die herrschende Meinung in dieser Frage?« Tiefsten Aufschluß über sein Verständnis von staatlicher politischer Bildung gab er mit dem Bescheid an die Rote Hilfe, deren Mitwirkung an dem Veranstaltungsprogramm er ablehnte: »Wenn Sie die Bundeswehr als ›Angriffsarmee eines imperialistischen Landes‹ definieren, können Sie nicht Partner der staatlichen politischen Bildung sein.«

Dieser Tage lud daraufhin die Georg-Elser-Initiative Bremen zu einer Podiumsdiskussion über »Meinungsfreiheit in der politischen Bildung« ein. Wulfekuhl verweigerte seine Teilnahme, stellte die »Lauterkeit« der Veranstaltung in Frage und bewertete die Absicht, die Rechtmäßigkeit politischer Zensur durch die Landeszentrale öffentlich zu diskutieren, als »unfreundlichen Akt«. Durch sein Fernbleiben ersparte er es sich, auf Fragen wie die, ob er auch den von ihm eingeladenen Bundeswehroffizier nach seiner Wissenschaftlichkeit gefragt habe, antworten zu müssen. Jetzt stellt sich eine grundsätzlichere Frage: Kann staatliche politische Bildung in einer Zeit imperialistischer Angriffskriege, an denen sich Deutschland beteiligt, wahrhaftig, diskursiv, demokratisch bleiben, oder muß sie sich nach und nach darauf reduzieren, Untertanen mit herrschender Meinung abzufüllen, damit sie kriegsverwendungsfähig werden?

Red.

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft.

Unter Mitarbeit von Daniela Dahn, Dietrich Kittner und Peter Turrini.

HerausgeberInnen: Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler, Eckart Spoo